

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Hannover, 19.10.2018

In den
 Schul- und Bildungsausschuss
 Verwaltungsausschuss
 An die Stadtbezirksräte 01 - 13 (zur Kenntnis)

Zusatzantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der
 Landeshauptstadt Hannover
**Schulentwicklungsplanung; Planung eines 18.
 Gymnasiums, Drucksache 1312/2018**

zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. mit einem inklusiven Ansatz den Neubau eines vierzügigen Gymnasiums zu planen. Die Schule soll eine Vorreiterin im Sinne der Inklusion werden.
- 1.2. mit der niedersächsischen Landesregierung in Verhandlungen ^{zu} treten, ob und wie ein Schulversuch im Sinne der Inklusion für diese Schule durchgeführt werden kann.
- 2.3. bis Ende des Jahres 2018 mindestens zwei mögliche Standorte vorzuschlagen.
- 3.4. die Beteiligung an den Planungen und der Gestaltung der Schule von künftigen Schüler*innen, Lehrer*innen, Eltern auf verschiedene Weisen so früh wie möglich zu ermöglichen – analog zum Konzept des Gymnasiums Limmer, das als Vorlage dienen kann, um auch im laufenden Betrieb diesen Prozess weiterzuentwickeln.
- 4.5. neben dem Hochbauamt auch Architektinnen und Architekten verschiedener Fachrichtungen (Innenarchitektur, Landschaftsarchitektur, etc.) in die Planung der Räumlichkeiten der Schule einzubeziehen und die Möglichkeit einer Holzbauweise zu prüfen.
- 5.6. den Pausenbereich und Schulhof mit attraktiven, bewegungsfördernden und vielseitigen Angeboten so zu gestalten, dass neben aktiven und kreativen Bereichen auch Rückzugs- und Ruhezone vorhanden sind.

Begründung:

Die Stadt Hannover wird als Schulträgerin ein 18. Gymnasium bauen, da dem vorhandenen Bedarf anders nicht entsprochen werden kann. Dieser Bedarf orientiert sich am prognostizierten Elternwillen, der nach den Vorgaben des NSchG § 59 (1) und § 106 (5) bei der Anwahl weiterführender Schulen maßgeblich ist. Das neue Gymnasium soll dabei die bestehende Schullandschaft ergänzen, indem es Inklusion im weitesten Sinne fördert, also alle Menschen bedenkt, die mit Benachteiligungen konfrontiert sind. Ziel ist es, dass die Schulgemeinschaft die demokratischen Werte auf eine besondere Art und Weise lebt und umsetzt. Um dieses zu erreichen ist es sinnvoll, SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern so früh wie möglich zu beteiligen.

Dieses neue Arbeiten benötigt auch besondere Räume, weswegen Architekten verschiedener Fachrichtungen ihre Kompetenzen einfließen lassen sollen und so u.a. auch für ausreichende Anregung, aber auch Ruhezone im Ganztage sorgen.

J. - M.

hulj

Klingenberg-Paul

Für die Festlegung eines geeigneten Standortes für die neue Schule ist es erforderlich, dass dem Rat mehrere Vorschläge vorgelegt werden, um eine im Interesse der Bürger*innen liegende Entscheidung treffen zu können.



Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende



Dr. Freya Markowis
Fraktionsvorsitzende



Wilfried Engelke
Fraktionsvorsitzender